

12.02.2020

Neudruck

## Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Die Zeit ist reif – Tempolimit auf Autobahnen jetzt!“ (Drucksache 17/8577)**

**NRW braucht moderne digitalisierte dynamische Verkehrsleitsysteme:  
Tempo 130 km/h 4.0 ist das Ziel!**

### I. Ausgangslage

Die Diskussion über Tempolimits ist ein verkehrspolitischer Dauerbrenner. Aktuell geht es um ein flächendeckendes Tempolimit von 130 km/h auf allen Autobahnen. Dabei haben Millionen von Autofahrern in Nordrhein-Westfalen, insbesondere Berufspendler, täglich ausreichend Zeit, um den Schilderwald auf unseren Bundesfernstraßen intensiv und aus der Nähe betrachten zu können: Im täglichen Stau. Dankbarkeit kommt dann auf, wenn abschnittsweise einmal durchgehend 20 oder 30 km/h gefahren werden kann, bevor wieder gestanden wird.

Das Stauland Nummer 1 in Deutschland ist Nordrhein-Westfalen. Es machte auch im Jahr 2019 seinem Namen alle Ehre: So nahm die Staubelastung nach Statistiken des ADAC gegenüber dem Vorjahr um 8,6% zu. Entgegen den Versprechungen der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP aus dem Landtagswahlkampf 2017, wird das Stau-Chaos immer schlimmer. Mit der Zahl der Stau-Ereignisse, bei den Stau-Kilometern und bei den Stau-Stunden liegt NRW bundesweit an der Spitze. Da erscheint die Forderung nach generellen Tempolimits auf den Autobahnen auf den ersten Blick absurd. Noch dazu, wenn der Blick in den Schilderwald der Bundesfernstraßen erkennen lässt, dass viele Streckenabschnitte bereits heute schon Geschwindigkeitsbeschränkungen unterliegen. Zudem gilt seit Jahren eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h.

Die Befürworter von Tempolimits nennen im Wesentlichen drei Gründe für solche Maßnahmen:

- mehr Verkehrssicherheit durch geringere Geschwindigkeitsdifferenzen zwischen schnellen und langsameren Fahrzeugen
- weniger gesundheits-, wie klimaschädigende Emissionen
- verbesserten Verkehrsfluss, somit weniger Stauneigung.

Datum des Originals: 12.02.2020/Ausgegeben: 12.02.2020 (12.02.2020)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Diese Erkenntnisse sind unstrittig. Solche Maßnahmen sind daher eine wichtige Ergänzung im Rahmen einer umfassenden Politik für eine grundsätzliche Verkehrswende. Hierzu braucht NRW ein umfassendes Mobilitätskonzept für die Zukunft.

Die Bedeutung verkehrslenkender Maßnahmen steigt mit dem Grad der Überlastung unserer Straßen. Hier eröffnet die Digitalisierung enorme Chancen den Autoverkehr auf den Bundesfernstraßen sicher und effizient zu leiten, bis hin zu situativ angepassten Tempolimits. Von den rund 2.200 km Autobahnen in NRW sind bereits heute ca. 540 Kilometer mit Streckenbeeinflussungsanlagen versehen. Diese steuern die Geschwindigkeit des Verkehrs und die Fahrstreifenfreigabe automatisch und nach Verkehrslage. Sogenannte Zuflussregelungsanlagen an 98 Auffahrten kommen hinzu. Sie sorgen dafür, dass die Zufahrt zu den Autobahnen und das Einfädeln in den Verkehr verstetigt und die Staubildung vermieden wird.

Die Steuerung und Überwachung dieses Verkehrsleitsystems erfolgt zentral durch die Verkehrsleitzentrale des Landes in Leverkusen. Sie wurde zu Zeiten der SPD-geführten Landesregierung im Jahr 1992 als Verkehrsrechnerzentrale (VRZ) geschaffen und im Jahr 2013 zur integrierten Verkehrszentrale NRW (VZ) in Leverkusen aufgewertet. Der von der aktuellen Landesregierung betriebene Neubau der Verkehrszentrale zeigt, dass diese Politik der Einführung und des Ausbaus moderner verkehrsleitender Maßnahmen richtig war. Der Bedarf steigt. Daher ist der Ausbau bzw. Neubau der Verkehrszentrale notwendig, sinnvoll und daher richtig.

## II. Der Landtag stellt fest:

- Ein Tempolimit von 130 km/h ist angebracht und notwendig. Dabei muss es um eine zeitgemäße und effiziente Lösung durch Verkehrsleitung gehen, die dem Stand der Technik und dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Verkehrsfluss auf unseren Bundesfernstraßen entspricht.
- In diesem Sinne sind durchgehende, digitalisierte Verkehrsleitsysteme die dynamischen Tempolimits der Zukunft.
- Mit dieser zeitgemäßen Lösung werden die genannten Ziele
  - mehr Verkehrssicherheit
  - verbesserter Verkehrsfluss und weniger Stauneigung sowie infolge dessen
  - weniger schädigende Emissionen, also mehr Gesundheits- und Klimaschutz, sogar effizienter erreicht, als mit starren Geschwindigkeitslimits.
- Das gesamte Autobahnnetz in Nordrhein-Westfalen ist möglichst zeitnah mit Streckenbeeinflussungs- und Zuflussregelungsanlagen auszustatten. Gleiches gilt für die zugehörige digitalisierte Informationstechnik von Anzeigesystemen an den Autobahnen sowie bis in die einzelnen PKWs hinein.
- Die Verkehrszentrale des Landes ist daher zielgerichtet auszubauen bzw. neuzubauen, wie bereits eingeleitet.
- Solche Maßnahmen können nur ein weiterer Mosaikstein der Politik für eine grundsätzliche Verkehrswende sein. Sie allein lösen die Problematik von zukünftiger Mobilität und Klimaschutz allerdings nicht.

**III. Der Landtag beschließt:**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- sich gegenüber der Bundesregierung für die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen einzusetzen
- gegenüber dem Bundesverkehrsminister auf einen zügigen Ausbau des digitalisierten Verkehrsmanagements auf den Autobahnen Nordrhein-Westfalens zu dringen, damit jeder Autobahnkilometer von der Verkehrszentrale erfasst und mit verkehrsleitenden Maßnahmen, bis hin zu situativ angepassten Tempolimits, gesteuert werden kann
- den bedarfsgerechten Aus- bzw. Neubau der Verkehrszentrale auch in den kommenden Jahre zielgerichtet fortzusetzen
- die zugehörige Informationstechnik für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer entsprechend mit zu entwickeln
- dem Landtag über den Ausbaustand des digitalen Verkehrsmanagements in jedem Jahr zu berichten.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Jochen Ott  
Carsten Löcker

und Fraktion